



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 20. Januar 1882.

Nr. 33.

Deutschland.

Berlin, 19. Januar. Die „Rassegna Settimanale“, eine in Rom erscheinende Wochenschrift, enthält in ihrer Nummer vom 15. Januar eine durch Sachkenntnis wie durch Präzision und Klarheit hervorstechende Kritik der auswärtigen italienischen Politik. Diese Kritik fällt sowohl für die Minister der Rechten als die der Linken sehr schneidend aus. Dem Ministerium der Rechten wird namentlich vorgeworfen, daß es die bei der Zusammenkunft von Berlin im Jahre 1873 von Deutschland gemachten Vorschläge „mit beleidigendem Still-schweigen“ habe zur Erde fallen lassen und im Jahre 1875 ganz übersehen habe, daß die im Herzegovina-Ausstand sich anspinnende Frage die Mittelmeerfrage war, in welche Italien nur mit festen Allianzen und klarer Politik eintreten konnte. Aber auch der Berliner Kongreß, dessen Bedeutung für die europäische Politik der Artikelsschreiber mit der Theilung Polens vergleicht, habe Italien unvorbereitet und unbewaffnet gefunden; von der Schwere der Situation machen sich die italienischen Staatsmänner auch noch heute nicht die richtige Vorstellung.

„Sie bemerken nicht, so sagt der Verfasser, daß während sie das Land in Täuschungen wiegen, Europa entschlossen ist, nicht Italien länger zu gestatten, sich herauszunehmen, mit seiner Schaupolitik Deutschland, Oesterreich und Frankreich in Ungewißheit und unter den Waffen zu erhalten, in der Erwartung, nach welcher Seite sich diese Macht von bis viermalhunderttausend Mann werfen wird, von denen die Aktionsfreiheit Oesterreichs abhängt, da Italien sich nicht zu einer mutigen Wahl seiner Allianzen zu entschließen weiß, steht es in Gefahr, seinem hundertjährigen Schicksal aufs Neue zu verfallen, der Schauplatz und das Opfer der Nebenbuhlerkämpfe jenseits der Alpen zu werden.“

In Paris hören die italienischen Staatsmänner auf ihre zweideutigen Vorstellungen die unveränderliche Antwort: „Entweder mit uns oder gegen uns. Offensiv- und Defensivallianz oder Nichts — Wählet.“ Die italienischen Botschafter, die nach Italien zurückkommen, wiederholen ihrerseits unausgesetzt: „Seid stark, rüftet Euch; sonst ist es mit dem Einfluß, der Achtung und der Sicherheit des Landes vorbei.“ Der Verfasser zieht eine Parallele zwischen dem Aufstehen Italiens, Spaniens, Griechenlands und Rumäniens, die zum entscheidenden Nachtheile Italiens ausfällt, was die äußere Aufrechterhaltung der Würde des Landes betrifft.

„Wir wollen weder Frankreich, noch Oesterreich oder Deutschland herausfordern. Weder in Rom, noch in Konstantinopel oder Madrid ist der Anlaß einer Koalition gegen das wachsende afrikanische Reich Frankreichs. Die Allianz Italiens mit Oesterreich und Deutschland wird vielleicht allein durch das zurückgehalten, was bei Fürst Bismarck Vorsicht und Klugheit, bei Depretis Furcht: durch den Wunsch in die Entwicklung der französischen Politik nicht einzugreifen; hierin sind wir Alle einig. Aber eine demüthige Politik wollen wir deshalb nicht. Es ist kein Zweifel, daß unsere Irrthümer heute das französische Protektorat über Tunis unvermeidlich gemacht haben, wie morgen das englische Protektorat in Egypten, weiter nicht, daß England, wenn es des Kanals von Suez sicher ist, sich dem Marsch Russlands nach Konstantinopel und Oesterreichs nach Salonichi nicht widersetzen und daß wir Italiener allein Frankreich gegenüber bleiben mit dessen afrikanischem Reich, das sich auf Marokko und Tripolis erweitern kann und mit dem Dorn des Vatikans im Leibe. Wenn heute trotz der Fortdauer des englisch-französischen Einverständnisses in Egypten dieses Einverständniß weder in London, noch in England als dauerhaft betrachtet wird; wenn nach dem Ausdruck eines englischen Blattes die Liquidation des Vertrages Salisbury-Waddington vor der Thüre steht; wenn die drei Kaiserreiche sich schon verständigen, den europäischen Charakter der ägyptischen Frage zu verteidigen, wenn jetzt die italienische Regierung sich von dem Anerbieten verführen lassen würde, das ihm Frankreich machen könnte, über irgend ein Einverständniß, bezüglich der Angelegenheiten des Mittelmeeres — dann allerdings würde unserer Isolierung was Schlimmeres nachfolgen, nämlich die Abseparation der Unterordnung unter die Vormacht Frankreichs, zugleich mit der Gegnerschaft Europas gegen Frankreich und uns.“

Die Entwicklung der europäischen Politik faßt der Verfasser an der Hand der dominirenden ägyptischen Frage wie folgt auf: „Die Wiederannäherung Englands an Oesterreich und damit an ganz Europa, Frankreich ausgenommen, wird nicht auf sich warten lassen; die Basis würde die Autonomie Egyptens unter Wahrung der Rechte der Pforte und der Proklamirung der Nichtintervention zu Gunsten der arabischen Race und thatsächlich garantirten Neutralität des Kanals von Suez bilden. Würde dieser Kanal auch nur theilweise von französischen Truppen bewacht, so fände er sich unter den Einwirkungen der allezeit veränderlichen französischen Politik und deren Streitigkeiten. England, das die Neutralität Egyptens moralisch garantirt, wird befreit von allen anderen orientalischen Fragen, für Italien ein Anhaltspunkt behufs Entwicklung seiner Beziehungen zu den drei Kaiserreichen mit Rücksicht auf die Mittelmeerfrage werden, und ein Pfand der Billigkeit und Ehrlichkeit bei Behandlung der italienischen Interessen in Egypten.“

So der Verfasser. Wie weit sich seine Pläne und Vorschläge in die thatsächliche Politik der europäischen Mächte einreihen, ist schwer festzustellen; von hohem Interesse bleibt es, wie ein patriotischer und weitblickender Italiener die Lage seines Landes für die Gegenwart und die weitere Entwicklung beurtheilt.

Wir haben bereits kurz erwähnt, daß für die preussische Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl der Betrag von 90,000 Mark im Etat des auswärtigen Amtes eingelegt ist. Wir lassen bei dem hohen Interesse des Gegenstandes die Motivirung des Postens hier folgen:

„Die Position „Gesandtschaft bei dem päpstlichen Stuhl“, nach dem allgemeinen Uebergange der preussischen Gesandtschaften auf den norddeutschen Bund, 1871 auf das deutsche Reich übernommen, ist in dem Etat für 1875 nicht mehr zum Anlaß gebracht worden, nachdem die Gesandtschaft seit Ende des Jahres 1872 unbefestigt geblieben war. Die Gründe für die einstweilige Zurückziehung der Position sind in der Sitzung des Reichstages vom 5. Dezember 1874 von dem Reichsanwalt dargelegt worden. Seit dem im Jahr 1878 eingetretenen Wechsel in der Besetzung des päpstlichen Stuhles sind diese Gründe weggefallen, und es steht jetzt der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen formelle Gründe nicht mehr entgegen. Geschäftlich aber besteht das Bedürfnis, durch diplomatischen Verkehr mit der Kurie die Interessen der katholischen Unterthanen Seiner Majestät des Königs bei derselben wahrzunehmen und die Verständigung behufs Ausübung der konkurrirenden weltlichen und der geistlichen Rechte bezüglich der katholischen Kirche in Preußen zu fördern. So lange die Position auf dem preussischen Etat stand, waren für einen Gesandten 45,000 Mark und freie Wohnung, und für einen Legationssekretär 6000 Mark ausgeworfen. Dieselben Sätze wurden in den Etats des norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches bis zum Jahre 1872 inkl. beibehalten. Nachdem inzwischen die Verlegung der Gesandtschaft bei der italienischen Regierung von Florenz nach Rom und Ende des Jahres 1872 die Abberufung des Vertreters am päpstlichen Stuhl erfolgt waren, erscheint in den Etats für 1872 und 1874 neben der Mission bei der italienischen Regierung eine solche bei dem päpstlichen Stuhl mit den Ansätzen: für einen Gesandten 45,000 Mark, jedoch ohne freie Wohnung; für einen Legationssekretär, seit 1874, 8100 Mark. Der Satz für einen Gesandten ist den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechend. Rom hat sich, seit es zur Hauptstadt des Königreiches Italien geworden ist, notorisch sehr vertheuert und die Dotirung des Postens nach dem früheren Ansatze würde in einem Mißverhältniß stehen nicht nur zu der des deutschen Vertreters am italienischen Hofe, sondern auch zu der Dotirung anderer beim päpstlichen Stuhl beglaubigten Vertreter, von welchen vier Botschafterränge haben. Außerdem würde die Regierung bei dem alten Satze in der Auswahl der Person des Gesandten zu sehr beschränkt sein. Ein Legationskanzlist wird nach dem mutmaßlichen Umfange der Geschäfte nicht entbehrt werden können.“

Die „N.-Z.“ bemerkt hierzu: „Wir können die Ansicht nicht theilen, daß die Herstellung einer ständigen preussischen Gesandtschaft beim Vatikan die Verständigung behufs Ausübung der konkurrirenden weltlichen und geistlichen Rechte bezüglich der katholi-

schen Kirche fördern wird. Es scheint uns um Vieles wahrscheinlicher, daß der preussische Vertreter beim Vatikan unausgesetzt mit Anliegen wegen Erweiterung der hierarchischen Rechte befristet werden wird, was entweder zu erhöhten Reibungen oder zu einer wachsenden Geltung der hierarchischen Tendenzen führen muß. Auf der andern Seite hat bereits Herr Windthorst bedenklich sein Haupt über die neue Einrichtung geschüttelt. Nach Vielem, was vorausgegangen ist, muß man befürchten, daß der preussische Diplomat auch die Politik des Zentrums in den deutschen Parlamenten im Vatikan zur Sprache zu bringen hat und wir können nicht den Wunsch haben, daß die päpstliche Einmischung in das deutsche Verfassungsleben zu einer Art von offizieller oder offiziöser Institution gemacht werde. Sind Dinge zu verhandeln, die eine persönliche Besprechung nothwendig machen, so zeigt die Erfahrung, daß der Weg nach Rom auch noch vor der Eröffnung der Gotthardroute ein oft und gern betretener Pfad für deutsche Diplomaten ist. Diese realistischen Gründe glauben wir mit Recht den allgemeinen Betrachtungen entgegenzusetzen zu können, mit welchen die Anforderung gerechtfertigt werden soll.“

Die in Abgeordnetenkreisen umlaufende Angabe, Fürst Bismarck habe sich bemüht, den ehemaligen Demokraten, späteren österreichischen Minister, noch späteren sozialistischen Schriftsteller und Privatgelehrten D. Schäffle, mit dem er in letzter Zeit vielfache Konferenzen gehabt, für den Reichsdienst zu gewinnen, wird von der „Magdeb. Ztg.“ aus folgenden Erwägungen für unbegründet erklärt. Es ist hiervon wohl nicht mehr die Rede, denn Schäffle hätte zuvor aus dem österreichischen Unterthanenverbanne austreten müssen. Er bezieht von Wien eine Pension als früherer österreichischer Minister, und da er innerhalb der Reichsregierung nur als vortragender Rath eine Anstellung hätte bekommen können, so würde er sich materiell in eine schlechtere Stellung gebracht haben. Seit längerer Zeit lebt Dr. Schäffle in Süddeutschland als Privatgelehrter, mit wissenschaftlichen Arbeiten vollauf beschäftigt, und auch dies Moment wird mitbestimmend gewesen sein, auf die Berliner Offerte nicht einzugehen.

Die „Nat.-Lib. Corr.“ meldet, daß der Reichstag in der nächsten Woche nicht vertagt, sondern geschlossen werden wird. Wie die „Post“ hört, ist über diese Frage noch nichts entschieden; in keinem Falle würde man aus dem formellen Schluß der Session den Schluß ziehen können, daß von einer Frühjahrs-Session des Reichstages im April Abstand genommen sei.

Se. Majestät der Kaiser empfing heute Vormittag das Präsidium des preussischen Abgeordnetenhauses. Dasselbe hatte darauf, zugleich mit dem Präsidium des Herrenhauses, auch bei S. M. der Kaiserin die Ehre des Empfangs.

Aus dem Etat der preussischen Lotterieverwaltung ergiebt sich, daß zunächst eine Vermehrung der Loose in Preußen nicht bevorsteht. Es scheint, daß die Verhandlungen hierüber noch nicht abgeschlossen sind, oder daß man auf die Initiative aus der Mitte des Abgeordnetenhauses wartet.

Ueber die Aufnahme, welche die Freundin Gambetta's, die Herausgeberin der Pariser „Nouvelle Revue“ Madame Edmond Adam als „politische Verantwortliche“ in der russischen Gesellschaft gefunden hat, wird der „Schles. Ztg.“ von Petersburg geschrieben:

Wäre irgend ein außerordentlicher Botschafter einer fremden Macht in wichtiger Sendung hier eingetroffen, so würde dessen Erscheinen kein größeres Aufsehen in der hiesigen ersten Gesellschaft erregt haben, als der Besuch von Madame Edmond Adam, dessen wir uns seit einigen Tagen erfreuen. Die bekannte Herausgeberin der „Nouvelle Revue“, die Freundin Gambetta's, die weibliche Diplomatin, welche in ihrem Salon in Paris alle Menschen vereinigt, die ihrem Grimm gegen Deutschland Luft machen wollen, spielt hier seit den ersten Tagen ihres Auftretens eine ganz hervorragende Rolle. Die ersten Redakteure der größten russischen Zeitungen erscheinen in Person bei ihr, um sie zu interviewen, und veröffentlichten dann, wie z. B. heute die „Nowoje Wremja“, spaltenlange Artikel über Alles, was die Dame gesagt und angedeutet hat; die Offiziere der Garde und die sonstigen Mitglieder der hiesigen jeunesse dorée geben ihre Karten bei ihr ab, und glücklich ist der, den sie empfängt; die ersten Vertreter des russischen Adels veranstalten

Feste ihr zu Ehren, wie z. B. an dem Mont des Fürsten Demidow San Donato Persönlichkeiten wie der Minister des Innern Graf Ignatiew, der künftige Gouverneur des Kaukasus, Fürst Dondukow-Korsjakow, der italienische Botschafter Ritter Nigra u. s. w. Theil nehmen. Wo Madame Adam nur kann, macht sie ihrem Ingrimm gegen Deutschland Luft. Von Fürst Bismarck sagt sie, sie habe ihn bisher gehaßt, seitdem er (?) aber die Artikel in der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen sie veröffentlicht, verachte sie ihn. Der Schwerpunkt Rußlands liegt ihrer Meinung nach in Paris; das sagt sie Jedem, der es hören will. Ihr sehnlicher Wunsch ist, bald nach Moskau zu kommen, um dort Afafow kennen zu lernen, mit dem habe sie Wichtiges zu besprechen. Alles Ernstes ist davon die Rede, daß sie der Kaiserin vorgestellt werden soll, und wenn das nicht der Fall wäre, so ist wahrhaftig weder sie, noch die Petersburger Gesellschaft daran Schuld. Die Dame vermag aber viel durchzusetzen; war es ihr doch gelungen, zu bewirken, daß ein Kranz, den sie nach dem Tode Kaiser Alexanders III. hergeschickt, in und nicht auf dessen Sarg gelegt wurde. Kurz, Madame Adam steht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Als vor vierzehn Tagen die Nachrichten über die Warschauer Vorgänge in Petersburg eintrafen, welche leicht recht ernste hätten werden können, sprach kein Mensch von ihnen. Paris liegt eben für Petersburg viel näher, als Warschau.

Der Pariser „Constitutionnel“ meldet, Jules Grevy habe gestern mehreren Deputirten Audienz ertheilt, welche den Wunsch ausgedrückt hatten, ihn über die Revisionsvorlage zu unterhalten. Nach einer längeren Besprechung hätten dann die Deputirten den Präsidenten mit der Ueberzeugung verlassen, daß das Vitenkennitium ohne die Befürchtung, dadurch die Dauer der Legislatur abgekürzt zu sehen, votirt werden könne. Hiernach scheint also Grevy für das Projekt Gambettas Propaganda zu machen, was vielfach auf Zweifel stoßen wird.

Inzwischen ist die Revisionsfrage dadurch in ein neues Stadium gelangt, daß ein nicht unbedeutlicher Theil der Linken im Gegensatz zum ausgesprochenen Willen des Konseilspräsidenten die Revision nicht auf die einzelnen Punkte der vorgelegenen Resolution beschränkt, sondern auf die ganze Verfassung ausgedehnt wissen will. Der Deputirte Lockroy hat bereits einen bezüglichen Antrag eingebracht. Noch bedeutamer erscheint aber, daß neben der äußersten Linken der Deputirtenkammer auch die neugebildete Fraktion der radikalen Linken, welche sich zwischen den „Unversöhnlichen“ und der Union republicaine hält, beschlossen hat, für die vollständige Revision der Verfassung zu stimmen. Falls nun diese Parteigruppen durch die konservativen Abgeordneten wie bei früheren Gelegenheiten unterstützt werden und überdies ein Theil der Union republicaine gegenüber dem Cabinet Gambetta Front macht, wie dies bereits thatsächlich bei dem Beschluß über die Zusammenfassung der zu ernennenden parlamentarischen Kommission geschehen ist, so kann es leicht geschehen, daß der Antrag des Deputirten Lockroy angenommen wird. Da die Radikalen in Wirklichkeit auf nichts Geringeres als auf die Befreiung des Senats, sowie auf ähnliche durchgreifende Veränderungen der Verfassung abzielen, muß der Antrag Lockroy im Senate Schiffbruch leiden. Das Projekt Gambettas wäre aber gleichfalls zunächst bei Seite geschoben oder doch mindestens auf geraume Zeit verlagert, was um so bedenklicher wäre, als der Konseilspräsident alle anderen Gesetzentwürfe hinter seinem Revisionsprojekte zurückstellen lassen will. Letztere Absicht wird sich freilich kaum verwirklichen lassen, zumal wenn eine Mittheilung der „Agence Havas“ ihre Bestätigung erhält, das hochoffizielle Organ meldet nämlich, die Unterzeichnung des englisch-französischen Handelsvertrages stehe nahe bevor.

Behufs Unterdrückung des Aufstandes im Süden der österreichischen Monarchie wird, wie das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“ vernimmt, von den Delegationen ein einmaliger außerordentlicher Kredit von 3,100,000 Fl. und ein außerordentliches Erforderniß für drei Monaten von je 1,200,000 Fl. im Ganzen somit der Betrag von 6,700,000 Fl. verlangt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Delegationen die von ihnen geforderten mäßigen Summen bewilligen werden, welche dann sofort nach den betreffenden Quoten auf Oester-

sch und Ungarn vertheilt werden sollen. Da in beiden Ländern das Budget noch nicht zu Ende bearbeitet ist, so besteht die Annahme eines Wiener Blattes viel Wahrscheinlichkeit, daß die beiderseitigen Finanzminister die Duzen einfach in das Defizit einstellen, wodurch eine besondere Kredit-Operation vermieden werden könnte.

Das heute hier eingetroffene „Journal de St. Petersburg“ vom 17. d. enthält einen sehr bemerkenswerthen Artikel, welcher unter Bezugnahme auf den von Wera Sassulitch und Peter Lavrow im „Intransigent“ veröffentlichten Aufruf zur Unterstützung „der Opfer der russischen Tyrannei“ gegen die französische Regierung gerichtet ist.

„Die Autorität zu Paris“ heißt es — scheint dadurch entwaflnet zu sein, daß der Aufruf nicht in formellen Ausdrücken erklärt, es handle sich um die Bewaffnung von Meuchelmördern und Entsendung derselben nach Rußland. In der That ist dies nicht der Fall. Wenn die Behörde unthätig ist, so findet sie es — sagen wir — bequemer, die Augen zu schließen. Sei es. Rußland könnte sich jedoch sagen, daß es nun wisse, wo der Herd der Meuchelmörder sich befindet und wie weit die Toleranz geht, welche man zu ihren Gunsten übt. Ob Nachsicht oder Ohnmacht, das wird Rußland nicht zu unterjochen haben; ihm genügt allein die That sache der Toleranz und der Folgen, welche es für seinen Standpunkt daraus ziehen kann. Rußland hat den „Respekt“, welchen man für die verwegenen Verbrechen zur Schau trägt, sobald sie die politische Maske vornehmen, zu theuer und zu schmerz lich bezahlt, als daß es sich bezüglich ihres Treibens und ihrer finsternen Pläne gleichgültig zeigen könnte. Es hat an die Solidarität der Regierungen appellirt, in der Ueberzeugung, daß diese Regierungen, welches auch immer ihr Ursprung sei, die Mission haben, über die allgemeine Sicherheit zu wachen und nicht zu erlauben, daß man am offenen Tage und mit Hilfe der mächtigen Waffen, welche die Desfentlichkeit und die wissenschaftlichen Entdeckungen den Verschwörern zur Verfügung stellen, Mordverschwörungen gegen eine von ihnen schmiedet. Es ist nicht seine Aufgabe, diese Art zu sehen den Anderen aufzuzwingen, aber es ist ihm erlaubt, sein eigenes Verhalten nach dem ihrigen zu regeln. Sicher ist, daß die Duldung eines öffentlichen Aufrufs zu Geldsammlungen, um in einem fremden Lande die Revolution und den Mord zu entfesseln, nicht nur mit den guten Beziehungen der Mächte unter einander, sondern auch mit den internationalen Verpflichtungen unvereinbar ist.“

Diese Auslassungen des halbamtlichen Petersburger Blattes werden in Paris sicherlich zu denken geben.

Die „Prov.-Korr.“ widmet heute noch nachträglich den Debatten über den Antrag Windthorst im Reichstage eine längere Betrachtung, in deren Verlauf sie auch einige Bemerkungen über die Stellung des Bundesrathes zu dem Antrage fallen läßt, welche darauf hinauskommen, daß der Bundesrath voraussichtlich eine Beschlussfassung mit Rücksicht auf die zwischen Preußen und dem Vatikan schwebenden Unterhandlungen ablehnen werde.

Weiter konstatiert die „Prov.-Korr.“ die allgemein zu Tage getretene Friedensstimmung, welche bewiesen habe, daß die Neigung zum Kulturkampf geschwunden sei, und erklärt dann die Bemühungen der Parteien zur Abstellung des Kulturkampfes lediglich in dem Sinne, daß dieselben von der Hoffnung eingegeben seien, dem Kanzler die Waffen, die er zum Frieden gebrauchen wolle, zu entwenden und die Stellung des Staates bei den Verhandlungen mit der Kurie zu schwächen. Diejenigen, welche es mit dem Frieden ernstlich meinten, würden daher am besten thun, die Regierung zu unterstützen.

Das Tabaksmonopol ist jetzt im Entwurfe vollkommen ausgearbeitet und so weit fertig gestellt, daß der letztere in Form einer offiziellen Vorlage demnächst dem Bundesrath zugehen wird. Die Herren Fabricius und Mayr aus dem Reichslande sowie Geh. Regierungsrath Borchard sind hier die Verfasser der Vorlage, welche natürlich unter den Aufzügen des Reichsanwaltes ausgearbeitet worden ist. In der Ausarbeitung begriffen sind ferner Bestimmungen über die Einfügung korporativer Verbände und deren Funktionen und Rechte in den Entwurf eines neuen Unfallversicherungsgesetzes, welches dem Reichstag ebenso wie das Tabaksmonopol in der Frühjahrssession zugehen wird.

Ausland.

Wien, 17. Januar. Der Bürgermeister Knebel hat endlich die Konsequenzen seiner Lage und seiner Mißgriffe gezogen: er hat seine Entlassung gegeben. In der heutigen Sitzung des Gemeinderaths wird die Demission angezeigt werden. Der Regierung steht nach dem Gemeindestatut das Recht zu, einen landesfürstlichen Kommissar zu den Sitzungen des Gemeinderaths zu entsenden; von diesem Rechte wird heute ausnahmsweise Gebrauch gemacht werden, und man erwartet interessante Erklärungen seitens des Regierungsvertreter. Die Neuwahl wird in nächster Zeit stattfinden; inzwischen führt Vizebürgermeister Uhl provisorisch die Gemeindeverwaltung fort. Die Neuwahl wird sich zu einem großen Kampfe zwischen der Regierung und den Liberalen gestalten, das erste politische Gefecht dieser Art seit Taaffe, das in der Reichshauptstadt geliefert wird, dessen Ausgang man mit allgemeiner Spannung erwartet. Vizebürgermeister Uhl, ein politisch neutraler Mann, wird wahrscheinlich Kandidat der Regierung sein, während die Linke den kürzlich gewählten zweiten Vizebürgermeister Dr. Pirr aufstellen dürfte.

Paris, 18. Januar. Der Pariser Korrespondent der „Times“ hat in seinen jüngsten Mit-

theilungen einige Bemerkungen über Gambetta eingeleitet, welche mindestens charakteristisch und von origineller Auffassung sind. Er schreibt unter Anderem:

„Niemand, der ihn nicht kannte, würde geglaubt haben, daß der Mann, der von der Rednertribüne vorlas, der Herr der Situation von gestern sei, wie er es vielleicht morgen wieder sein wird — das verzogene Kind der Demokratie, die Hoffnung einer ganzen Provinz, man kann sagen, fast des ganzen Landes. Es hat keinen Zweck, die bittere Pille in Honig einzuwickeln. Gambettas Gegner sind entzückt und triumphiren. Ich bedaure sie, glaube aber, sie verwechseln ihre Wünsche mit der Wirklichkeit. Gambetta wird nicht fallen; ich glaube das nicht, wohl aber, daß die Deputirtenkammer ein großartiges und überraschendes Beispiel der Aufopferung und Ergebenheit für den anerkannten Führer geben wird, und wir werden das außerordentliche Schauspiel, welches alles Aehnliche der Art in Japan übertrifft, vor Augen sehen, nämlich, daß 300 parlamentarische Ehrenhelden, alle mit einem Male, sich der schmerzhaften Prozedur des „Harikiri“ unterwerfen werden. Sie werden, wie vor Zeiten das vom Mikado das zu seiner eigenen Selbstentleerung bestimmte Adelsmitglied, den mittleren Modus dieser Prozedur wählen und sich um der Wahrung des Grundgesetzes willen gerade ein wenig rügen, und der Mann mit dem Schwerte wird den Rest vollziehen. Die Leute haben oft die Frage gestellt, welche Rolle Gambetta eigentlich spielen werde, wenn er zur Macht gelange — die eines Königs auf Lebenszeit, eines Prääsidenten, Statthalters oder Kaisers? Nichts von alledem. Die glücklich verrichtete Selbstentleerung der Deputirten wird ihm seinen zukünftigen Titel vorzeichnen, und er wird sich zum „Mikado von Frankreich“ erklären.“

London, 18. Januar. Das „Breit angelegte“ „Wagner-Jahr“ in England hat am vorigen Sonnabend begonnen. Karl Rosa führte den Reigen an mit einer Aufführung des Lohengrin in Her Majesty's Theatre, und zwar in englischer Sprache. Rosa hat das Verdienst, die Oper in englischer Sprache hier beliebt gemacht zu haben, und leistet jetzt denselben Dienst Wagner, dessen Terte von J. Jackson, dem hiesigen Berichterstatter des „New-York Herald“, kunstgewandt in herrliches Englisch übersezt worden sind. Die Titelrolle ward von Herrn Schott, kgl. Kammerjäger aus Hannover, in bekanntem Glanze wiedergegeben. An den Lohengrin werden sich die übrigen Wagner'schen Opern aus der Vor-Nibelungenzeit anschließen; besonders aufmerksam zu machen ist auf den Tannhäuser, zu welchem Dekorationen in einer ungeheuren Pracht angefertigt werden. Uebrigens hat Karl Rosa die Absicht, den Lohengrin in Paris in englischer Sprache aufzuführen, vorausgesetzt natürlich, daß sich der Haß der Franzosen gegen die deutsche Sprache und nicht gegen den Komponisten richtet, was natürlich sehr zweifelhaft ist.

Provinzielles.

Stettin, 20. Januar. Das scharfe Vorgehen unserer Gerichte gegen Weinfälschungen, schreibt man aus Karlsruhe, ist geeignet, den Weinfabrikanten einen heilsamen Schrecken einzujagen, zumal sie erkennen müssen, daß auch Appellationen an das Reichsgericht nichts nützen. Nach der „Bad. Korr.“ kann der Weinfälscher sowohl für den Akt der Fälschung des Produkts als für den Akt des Betrugs im Handel der Strafe verfallen, die in Gefängniß, Geldstrafe und Vernichtung des gefälschten Weines besteht. So findet denn die Verurtheilung bald auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes, bald auf Grund der allgemeinen Bestimmungen gegen Betrug statt. Es sind schon große Vorräthe von Kunstwein vernichtet worden. Die Wirthe, welche solchen Wein als Naturwein verkaufen, werden nicht minder streng bestraft, als die Fabrikanten, von welchen sie ihr chemisches Produkt beziehen. Diese strengen Maßregeln finden allgemeine Anerkennung.

In Folge vorgekommener Zweifel ist darauf hinzuweisen, daß nach den jetzt geltenden Vorschriften über die Verwendung von Wechselstempeln dem inländischen Inhaber, welcher aus Versehen sein Indossament auf den Wechsel gesetzt hat, bevor er die Marke aufgeklebt hatte, gestattet ist, vor der Weitergabe des Wechsels, unter Durchstreichung dieses Indossaments, die Marke unter letzterem aufzukleben.

Der zum Pfarrer am St. Marien-Dom in Kolberg berufene Pastor Karl Johann Christian Braun, bisher in Damgarten, ist zum Superintendenten der Synode Kolberg, Regierungsbezirk Köslin, ernannt.

Grabow, 18. Januar. (Stadtverordneten-Sitzung.) Das bisherige Bureau, Apotheker Hoffmann als Vorsitzender, Obergemeinderath Brennhäuser als Stellvertreter, Hoflieferant Koch als Schriftführer und Schuldirigent Holland als Stellvertreter, wurde mit großer Majorität wiedergewählt. Hierauf wurde Herr Rentier W. Jentsch als unbefoldeter Beigeordneter und Polizei-Verwalter auf die Wahlperiode von 1882—88 durch den Herrn Bürgermeister Knoll aufs Neue eingeführt. Die definitive Anstellung des Polizei-Sergeanten Haler, die Anstellung des Schuhmachermeisters Schröder als Marktstandsgeld-Erheber und die probeweise Anstellung des Oberlazarethgehilfen Schmidt aus Stettin als Rath- und Kassen-Diener wird genehmigt. Von einer Umpflasterung des zu Grabow gehörenden Theiles der Blumenstraße wird Abstand genommen und nur eine schleunige Ausbesserung beschloffen, da eine Umpflasterung nach Ansicht der Versammlung nur Zweck hätte, wenn dieselbe in Verbindung mit Stettin geschehen würde, und wenn

gleichzeitig eine Umpflasterung und Verbreiterung der Unterwieß dabei vorgenommen würde.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Der Freischütz.“ Oper 4 Akten.

Frau Franziska Elmreich, die bekanntlich wegen vorzeitigen Abbrechens ihres einmonatlichen Gastspiels am Kölner Stadttheater kontraktbrüchig erklärt wurde, ist mittlerweile am Theater zu Königsberg aufgetreten, weil ihr Gastspiel-Kontrakt, der noch vor erfolgter Kontraktbruchserklärung geschlossen wurde, durch den Ausschluß aus dem Kartellverband unberührt blieb. Die Buße, welche Frau Elmreich an den Direktor des Kölner Stadttheaters, Herrn Hofmann zu zahlen hat — 3000 Mark — ist keineswegs schon erlegt. Im Gegentheil bemüht sich die Kontraktbrüchige, die auch zur Zeit in Königsberg weilt, sehr um einen Erlass der Strafe und hat in dem Sinne wiederholt lange Briefe an Herrn Hofmann geschrieben.

Bermischtes.

Die Nothlampen haben eine neue Eröberung gemacht: In den Korridoren des Abgeordnetenhauses und den sonstigen Nebenräumen sind, wie die „Post“ berichtet, neben den vorhandenen Gaslampen jetzt auch Nothlampen angebracht worden. An einem Orte, wo so viel Zündstoff aufgehäuft ist, so viele brennende Fragen behandelt werden und so oft Del in's Feuer gegossen wird, kann man allerdings nicht vorsichtig genug sein. Vielleicht bringt uns die Zukunft noch imprägnirte Abgeordnete.

(Vorsicht beim Verschluß der Ofenthüren.) Eine Explosion von Gasen, die in einem Kachel-Ofen, zum Glück ohne Schaden anzurichten, stattfand, möge davor warnen, daß die luftdichte Ofenthür nicht zu frühzeitig geschlossen werde. Am Dienstag, als die Familie eines Kaufmanns in der Braunhauser in Berlin beim Mittagessn saß, wurde diese durch einen drohenden Krach im Ofen, der das ganze Zimmer erschütterte, erschreckt. Die Ursache war eine Explosion von Gasen, die mit solcher Heftigkeit erfolgt war, daß die innere Ofenthür total zerprengt wurde. Der Ofen war mit Preßholz geheizt.

Dettingen. (Durch Quecksilber entdeckt.) Einem leichtsinnigen jungen Mann aus dem benachbarten M. wurde es zu Hause zu eng, er wollte hinaus in die Welt und schwebte ihm zunächst Münden als das zu erstrebende Ziel vor. Er benutzte seines Vaters Abwesenheit, um sich aus dessen Geldschrank eine erhebliche Summe zu entnehmen und entfernte sich dann ohne Abschied aus dem väterlichen Hause. Sein erstes Nachtquartier war Nordlingen. Als er Morgens aufwachen wollte, wurde ihm ein Zwanzigmarkstück, das alle Kennzeichen der Fälschung an sich trug, zuruckgewiesen und er zugleich von einem gerade anwesenden Polizeibeamten zur Begleitung aufgefordert. Auf der Polizei stellte sich heraus, daß der Geldbeutel, ein weißleberner Zugbeutel, mit Quecksilber präparirt war und daher die sämtlichen Goldstücke eine weißliche Nidelfärbung angenommen hatten. Des Verdachtes der Fälschmünzerei ledig konnte sich nun aber der Burche nicht im Geringsten über seine Persönlichkeit ausweisen, da er keine Legitimationspapiere hatte. Er wurde daher unter Polizeibegleitung hierher gebracht, wo er von seinem Vater zufällig getroffen und von der Begleitung seines bewaffneten Schutzengels befreit wurde.

(Ein bisher unbekannter Staatsmann.) Der preussische Landtag ist, wenn man einen Telegramm der „Rep. franc.“ glauben darf, „durch eine Ansprache des Herrn Trove“ (par un discours de M. Trov.) eröffnet worden. Da dieser deutsche Staatsmann anoch gänzlich unbekannt ist, so liegt die gotteslästerliche Vermuthung nahe, daß in der Depeche wahrscheinlich „discours de trône“ gestanden, daß der Telegraph aus a ein v gemacht hat und daß alsdann mit Hilfe einer staunenswerthen Personalkenntniß der „Rep. franc.“ ein „M. Trove“ entstanden ist, der sich würdig dem „General Staff“ anreihen kann.

(Sechslinge.) Aus San Francisco wurde telegraphisch nach Newyork als Ereigniß gemeldet, daß eine Frau in Florence (Los Angeles County) Mutter geworden ist von sechs wohlgestalteten und gesunden Kindern weiblichen Geschlechts. (?)

Eine wahrhaft tragische Handlung hat, wie das „Wiener Fremdenbl.“ nach einem Privatbriefe berichtet, sich in der Stadt Samara, einer der blüthendsten Städte der Wolgagegend, zugetragen. In einer der orthodoxen Kirchen sprach der Erzprie-ster in seiner Predigt über Unterthanen-Treue und Nihilismus und rief dem Volke die Ermordung des Zaren Alexander II. ins Gedächtniß zurück. Das Volk, auf das Lebhafteste eraltirt, schrie noch in der Kirche: „Wir werden uns rächen!“ und verließ mit diesen Worten das Gotteshaus. Der Böbel stürzte sich auf alle Personen, welche europäische Kleidung trugen, und prügelte dieselben unbarmerzig durch. Erst am Abend gelang es der Polizei, Ordnung zu machen. Nun scheint in Sam. wie in vielen anderen Städten, ein nihilistisches Lokalkomitee zu bestehen. Dieses hielt in der Nacht nach den Straßenfandalen eine Sitzung ab und beschloß die Befragung des direkten Uebersers dieser Szenen — des Erzprie-sters. Es wurde gelooft, wer die Strafe zu vollziehen habe. Das Loos fiel auf ein junges, 19jähriges Mädchen, welches der Partei erst seit Kurzem angehörte. Dies Mädchen erblaßte, als es das schwarze Loos zog, doch versprach es sofort, „das Komitee werde zufriedengestellt und das Urtheil ausgeführt werden.“ Zwei Tage darauf wickelten Priester in frühesten Morgenstunden eine starke

Detonation, welche aus der nahen Stube seiner Tochter zu kommen schien. Er eilte dahin und fand seine Tochter im Blute zu Füßen des Bettes. Sie erzählte ihm, daß sie das Loos getroffen habe, ihren eigenen Vater zu tödten, und bevor sie zur Vatermörderin wurde, zog sie es vor, sich selbst zu rächen. Die Namen der Mitverschwörer anzugeben, hat das Mädchen verweigert und starb kurz nach den von ihr gemachten Aussagen.

Dem „Cornhill-Magazin“ entnehmen wir folgende Episode aus dem jüngsten Besuch des Zaren in London. Bekanntlich wurde 1867 Kaiser Alexander bei seinem Besuche in Paris im Palais de Justice durch einige französische Radikale insultirt, welche ihm in die Ohren schrien: Vive la Pologne! So befürchtete man auch bei dem Londoner Besuche ähnliche Taktlosigkeiten französischer Kommunisten, welche auf britischem Boden Gastfreundschaft genießen. Diese wurden polizeilich überwacht — allein die treffliche englische Polizei brachte nichts heraus, als daß ein polnischer Edelmann sich dem Zaren zu Füßen zu werfen beabsichtigte, um die Begnadigung seines nach Sibirien verbannten Bruders zu erwirken. Dieser peinliche Austritt mußte dem Kaiser erspart werden und auf Vermittelung einer gewissen hohen Persönlichkeit ließ sich die englische Polizei herbei, die Hand dazu zu bieten. Der Pole wurde nicht etwa ohne Weiteres festgenommen, nein, dazu ist die englische Behörde zu loyal — aber ein geheimer Agent erhielt einen Wink — bei Leibe keinen Auftrag, denselben unter einem Schein des Rechts ins Gefängniß zu liefern. Der Agent bewacht nun des Fremden Wohnung — läuft, wie jener eines Abends ausgeht, auf der Straße gegen ihn, verursachte einen Auflauf und behauptet, indem er auf die zerrissene Uhrkette an seiner Weste zeigt, der Fremde habe ihm die Uhr entwendet. Der Pole remonstirt, das Publikum nimmt Partei für und wider, endlich erscheinen Policemen und führen die beiden Gegner nach der Wache. Dort wird der angebliche Taschendieb bis zum nächsten Tage festgehalten, darauf die Untersuchung eröffnet und, nachdem er acht Tage in Untersuchung gesessen, erlegt sich, daß „nicht genügende Verdachtsgründe vorliegen“, die Behörde macht dem unschuldigen Angeklagten eine höfliche Verbeugung und läßt ihn gehen. Der Zar hatte unterdessen London bereits längst verlassen! „Ja, man kann in England geradezu Alles thun“, soll der Herr von S., jene oben erwähnte hohe Persönlichkeit, gesagt haben, als er später diese Anekdote erzählte, „wenn man nur versteht, Geßes und Recht geschickt zu handhaben!“

Telegraphische Depeschen.

Paris, 18. Januar. Die Verhaftung des Bruders des Bey wird von den Oppositionsblättern dem französischen Ministerpräsidenten Roustan zugeschrieben. Offiziell wird dagegen versichert, daß die Maßregel in ausschließlich der eigenen Initiative des Bey entfallen, der die Gewissheit erlangt habe, das Lager sowohl im Inlande wie in Konstantinopel gegen ihn konspirirte. Zu diesem Zwecke habe derselbe in Marseille eine Anleihe von 200,000 Pfaster gemacht. Roustan hat übrigens die Verhaftung gutgeheißen, da der Bey natürlich eine solche wichtige Maßregel nicht ergreifen würde, ohne den französischen Ministerpräsidenten zu konsultiren.

Paris, 19. Januar. Die „Ag. Havas“ meldet, die Unterzeichnung des englisch-französischen Handelsvertrages stehe nahe bevor.

Nachrichten aus Kairo zufolge besteht die Notablenkammer darauf, das Budget zu votiren.

Bularest, 19. Januar. In der vergangenen Nacht um 3 Uhr brach in dem Zirkus Kremler auf dem Boulevard Feuer aus. Trotz der Anstrengungen der Pompiers brannte der Zirkus vollständig nieder. Vom Personal werden zwei Männer und die erste Reiterin vermißt. 34 Pferde sind verbrannt.

Rom, 18. Januar. In der Kammer der Deputirten stellte Nicotti ein Interpellationsverlangen in Betreff der auswärtigen Politik, Ministerpräsident Depretis sagte, er werde morgen antworten, ob das Ministerium die Interpellation annehme und event. für wann. Coppino legte den Bericht über die Wahlreform vor. Derselbe wurde für Freitag auf die Tagesordnung gesetzt. Sella legte sein Mandat als Abgeordneter nieder.

Konstantinopel, 19. Januar. Auf die Note der Pforte vom 13. d. M. bezüglich Egyptens sind dem Vernehmen nach von den Kabinetten zu Rom, Wien und Petersburg Antworten eingegangen, welche von der Pforte für befriedigend erachtet wurden.

London, 18. Januar. Nach der „World“ wird die Königin Anfangs März einen kurzen Aufenthalt auf dem Festlande, wahrscheinlich in Italien oder Süd-Frankreich nehmen, aber zur Vermählung des Herzogs von Albany nach Windsor zurückkehren.

Das „Bureau Reuter“ meldet aus Konstantinopel: im Seraskerat versuchte ein Offizier den Kriegsminister Desman mit dem Säbel anzugreifen, wurde aber sofort verhaftet. Muthmaßlich ist er geisteskrank.

Die Pforte dementirt amtlich, daß sie Christen zur Wehrpflicht heranzuziehen beabsichtige. Sie habe nur den Zensus der christlichen Bevölkerung angeordnet.

Washington, 19. Januar. In dem Prozeß Guiteau, dessen Verhandlungen nunmehr in die zehnte Woche treten, bepracht der Vertheidiger des Angeklagten, Scoville, gestern das Verhalten Althurs, Conkling's und Grant's, insbesondere aber das Verhalten Conkling's und Grant's gegen Garfield und erklärte, dieselben seien moralisch verantwortlich für die Handlung Guiteau's.